Vor den Parlamentswahlen in Indien

Geplante Abschaffung der Grundrechte

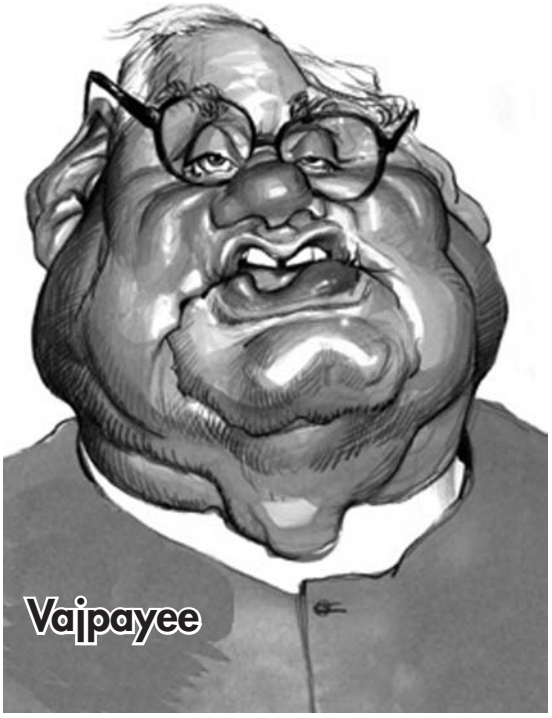
Indien, die größte Demokratie der Erde, wählt im April sein nationales Parlament. Eine halbe Milliarde Menschen machen erforderlich, dass die Wahl über mehrere Wochen in Etappen erfolgen wird. Die regierende Hindu-Partei (BJP) hofft ihr Mandat, noch weiter auszubauen. Wie es scheint, will sie ihre Macht dann auch dazu verwenden, empfindliche Einschnitte im Grundrecht auf Religionsfreiheit vorzunehmen.

Thomas Wolter

Seit 1998 verfügte die Hindupartei über rund ein Drittel der knapp 550 Sitze im indischen Unterhaus. Mit ihrem Sieg, der von renommierten Demographen prognostiziert wird, könnte diese Bewegung religiöser Nationalisten ihre Herrschaft stabilisieren und ihren Machtbereich erweitern. Besonders Angehörige religiöser und ethnischer Minderheiten werfen der BJP geführten Koalition vor, sie betreibe eine Politik, die sich gegen Minoritäten und Andersdenkende richte.

Prominentester Politiker ist der 80-jährige Ministerpräsident Atal Bihari Vajpayee, der auch international viele Punkte sammeln konnte. Wenig beachtet im Ausland wird allerdings die Intoleranz, die sich in der praktischen Politik der BJP auf unterschiedlichen Ebenen zeigt. Koalitionspartner der Hindu-Partei auf Bundes- und Regionalebene stoßen sich häufig an der national-religiösen Ideologie von der traditionellen Hindu-Familie, an Vorbehalten gegen einen modernen säkularen Staat sowie Ausländer- und Minderheitenfeindlichkeit. Stammwähler der Partei waren traditionell Angehörige der oberen Hindu-Kasten in städtischen Gebieten. Doch hat die Partei in jüngerer Zeit in anderen Schichten Sympathisanten und Mitglieder gewinnen können. Besonders für Frauen ist neueren Meinungsumfragen zufolge das konservative Programm der Partei attraktiv.

Vajpayee gilt vielen im In- und Ausland zwar als moderate Figur. Ob er allerdings extreme nationalistische Strömungen in seiner Partei wirklich eindämmen möchte, wird allgemein angezweifelt, gehört er doch der Organisation Rastriya



Swayam Sevak (RSS), etwa „Nationale Freiwillige“ an, die eine rassistische Ideologie vertritt. Führer der RSS halten jeden Montag und Samstag in vielen Tempeln eine Predigt vor versammelten Hindus, wobei Kritik an den Moslems, die Indien ruinieren würden, und an Andersgläubigen einen breiten Raum einnehmen. Viele militante Anhänger dieser RSS uniformieren sich mit kurzen Hosen, weißen Hemden und üben sich

Der Autor hält sich als Journalist derzeit in New Delhi auf.

War es bislang möglich, in Freiheit zu jedem Glauben zu konvertieren, wäre nach dem Gesetzesentwurf beim Wechsel der Religionszugehörigkeit eine staatliche Genehmigung einzuholen. Ämter dürften Einzelheiten über das Privatleben des Antragstellers und die Gemeinschaft, der er beitreten will, ermitteln.

in Kampfkünsten. Auch Vajpayees Stellvertreter und wahrscheinlichster Nachfolger, Innenminister Advani, gilt als Mitglied dieser ultra-nationalistischen Bewegung.

Die BJP hat es bei Regionalwahlen der letzten 24 Monate geschickt und mit bedeutenden Erfolgen verstanden, einmal extremere, dann wieder gemäßigtere Parolen anzuschlagen, um ein möglichst breites Wählerspektrum anzusprechen. So konnte man im Bundesstaat Gujarat die Wahlen zum regionalen Parlament gewinnen, indem man sich auch einer Rhetorik religiösen Hasses gegen Nicht-Hindus bediente. Nach einem kurzfristigen Tief in der öffentlichen Gunst zu Beginn des vorigen Jahres konnte sich Vajpayee wieder mehr Gehör verschaffen, nachdem er Fanatiker nationalistischer Massenorganisationen in ihrem öffentlichen Auftreten zurückpfiff.

Offensichtlich sollen im Wahlkampf nicht nationalistische, rassistische und andere ideologische Aspekte im Vordergrund stehen, sondern vor allem Themen der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes, in denen die Regierung mit positiven Wachstumszahlen aufwarten kann.

Doch hat die BJP damit ihre intoleranten Aspekte keineswegs aufgegeben. „Die Kulturpolitik der Regierung zeigt, dass sie ihre Agenda des religiösen Triumphalismus im Erziehungswesen hartnäckig weiterverfolgt. Und das Misstrauen gegenüber Ausländern und religiösen Bekehrungen ist so virulent wie eh und je," hieß es kürzlich in der Neuen Zürcher Zeitung. Oppositionsführerin Sonia Gandhi bietet für Politiker der nationalistischen Hindu-Partei wegen ihrer italienischen Herkunft eine Menge Stoff für unterschwellige Polemiken. BJP-Anhänger bezeichnen sie gerne als eine Agentin des Vatikans.

Zu den Minderheiten, welche die Politik der BJP eher bang verfolgen, gehören auch die indischen Christen. Metropolit Geevarghese Mar Coorilos, der Präsident des Nationalen Kirchenrates (NCCI), dem 29 orthodoxe und protestantische Kirchen angehören, kritisierte unlängst scharf, dass die von der BJP geführte Regierung extremistische Hindu-Gruppenen unterstütze.

Die politische Atmosphäre habe ich unter der Regierung Vajpayee dramatisch verschlechtert. Der Metropolit wies auf Attacken auf Christen und andere Minderheiten hin, die ein Teil der Strategie nationalistischer Hindu-Strömungen wären. Geevarghese Mar Coorilos kritisierte aber auch die Anhänger des Christentums dafür, dass sie in dieser Situation zu wenig Widerstandsgeist gezeigt hätten. Man habe es sich mit übertriebener Kompromissbereitschaft oder durch Gleichgültigkeit zu leicht gemacht.

Inzwischen versucht die BJP ernsthafte Einschnitte beim Grundrecht auf Religionsfreiheit. Fünf indische Bundesstaaten erließen mittlerweile schon Gesetze gegen den freien Religionswechsel, was das Programm der BJP auch auf nationaler Ebene verwirklicht sehen will. War es bislang möglich, in Freiheit zu jedem Glauben zu konvertieren, wäre nach dem Gesetzesentwurf der BJP bei jedem Wechsel der Religionszugehörigkeit eine staatliche Genehmigung einzuholen. Ämter dürften dann Einzelheiten über das private Leben des Antragstellers und die Glaubensgemeinschaft, der er beitreten will, ermitteln.

Einflussreiche BJP-Politiker wollen sogar einen mittleren Schulabschluss zu einer der Bedingungen des amtlich erlaubten Religionswechsels machen. Dies würde für die vielfach ungebildeten Kastenlosen der hinduistischen Unterschicht, für die ein Konvertieren zum Buddhismus, Christentum oder Islam oft der einzige Weg aus der gesellschaftlichen Diskriminierung ist, vom Menschenrecht auf Religionsfreiheit ausschließen.

Es bleibt abzuwarten, ob die an Menschen reichste Demokratie sich tatsächlich auf den Weg macht, auf formell demokratischem Weg ein Grundrecht abzuschaffen.

Es bleibt abzuwarten, ob die an Menschen reichste Demokratie sich tatsächlich auf den Weg macht, auf formell demokratischem Weg ein Grundrecht abzuschaffen.